



RIGG-Infos

Von den Runden Tischen
für die Runden Tische

Ausgabe 47 Oktober 2020

Inhalt:

Vorwort	1
Informationen von den Regionalen Runden Tischen	2
Informationen und Veranstal- tungshinweise aus Rheinland- Pfalz	4
Der Blick über die Landesgrenzen von Rheinland-Pfalz	6
Praxistipps für den 25.11.	9

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

das Coronavirus Covid-19 hat uns leider mehr oder weniger fest im Griff, dies schlägt sich mittlerweile auch im RIGG-Infobrief nieder.

So gibt es kaum noch aktuelle Mitteilungen aus den Regionalen Runden Tischen oder Nachberichte von Sitzungen und anderen Aktivitäten. Ein kleiner Schwerpunkt liegt stattdessen auf den verschiedenen Berichten im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Ankündigungen für Aktionen rund um den 25. November 2020, dem Internationalen Gedenktag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, sind kaum eingegangen, einzelne Ankündigungen mussten aufgrund der aktuellen Entwicklungen kurzfristig wieder zurückgezogen werden, weil die geplanten Veranstaltungen ausfallen müssen. Dennoch sind einzelne Aktionen im Land geplant, und für Kurzentschlossene habe ich einige Praxistipps zusammengestellt, an welchen Kampagnen Sie sich auch ohne große Vorbereitungen digital beteiligen können.

Damit die Informationen aus den RIGG-Infos breit gestreut werden, darf ich Sie wie immer dazu ermuntern, den Infobrief an die Mitglieder Ihrer (regionalen) Gremien weiterzuleiten.

Beate Stoff

Herausgegeben und visdp von

Büro Plan B
Dipl.-Päd. Beate Stoff
Am Obstgarten 43
54317 Osburg

Fon 06500-913104
Fax 06500-913106
Buero-PlanB@gmx.net

RIGG - das Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen - wurde im Oktober 2000 aufgrund eines einstimmigen Landtagsbeschlusses vom August 1999 eingerichtet und engagiert sich seitdem bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.
Die Umsetzung des RIGG gliedert sich in zwei Phasen: die Modellphase vom Juni 2000 bis Oktober 2003 und die jetzige Umsetzungsphase, in der seit November 2003 die Ergebnisse der Modellphase umgesetzt und das Hilfesystem für betroffene Frauen und ihre Kinder ständig weiterentwickelt werden.
Die Koordination erfolgt durch das Referat "Gewaltprävention, Frauen in besonderen Lebenssituationen" beim Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.
Zum RIGG gehören der Landesweite Runde Tisch (LRT), mehrere thematische Fachgruppen (überregional und interdisziplinär besetzt) sowie derzeit 22 Regionale Runde Tische (RRT). Ein Schaubild zur Struktur von RIGG können Sie auf der RIGG-Homepage einsehen.

Informationen von den Regionalen Runden Tischen

RRT Bad Kreuznach

Die für den 23. November 2020 geplante Sitzung zum Schwerpunktthema „Istanbul-Konvention/GREVIO-Fragebogen“ muss aufgrund der Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie als Präsenzveranstaltung abgesagt werden. Stattdessen wird der Fragebogen im Rundlauf per eMail an alle Mitglieder des Runden Tisches versandt. Die Rückantworten werden von der Moderatorin des RRT zusammengefasst und aufbereitet. Die Ergebnisse sollen dann im Rahmen der nächsten Sitzung präsentiert und diskutiert werden.

Aktionen zum 25. November

Der Regionale Runde Tisch gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen in Bad Kreuznach macht auch in diesem Jahr wieder mit einer Aktion auf den Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam. Aufgrund der besonderen Situation in diesem Jahr werden wir ca. 20 Fahnen von Terre des Femmes (frei leben ohne Gewalt) kaufen und an verschiedene und zentral gelegene Einrichtungen und Behörden verteilen, die bereit sind, die Fahne am 25.11. zu hissen. Zuvor werden wir durch einen Zeitungsbericht auf die Aktion aufmerksam machen. Geplant ist ebenfalls, dass der lokale Radiosender an diesem Tag über das Fahnenhissen berichtet und Fotos von den Fahnen in den sozialen Medien verbreitet werden.

RRT Birkenfeld

Die für den 17. November 2020 geplante Sitzung zum Schwerpunktthema „Istanbul-Konvention/GREVIO-Fragebogen“ muss aufgrund der Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie als Präsenzveranstaltung abgesagt werden. Stattdessen wird der Fragebogen im Rundlauf per eMail an alle Mitglieder des Runden Tisches versandt. Die Rückantworten werden von der Moderatorin des RRT zusammengefasst und aufbereitet. Die Ergebnisse sollen dann im Rahmen einer gemeinsamen Videokonferenz im Januar 2021 präsentiert und diskutiert werden.

RRT Mainz/ AK „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ Mainz

Mit den Ergebnissen des im letzten RIGG-Newsletter vorgestellten Corona-Blitzlichts und ersten Themenfeldern eines Gesamtkonzeptes zur Umsetzung der Istanbul Konvention befasste sich der Ausschuss für Frauenfragen des Mainzer Stadtrates in seiner letzten Sitzung gleich mit zwei Themen des AK Gewalt an Frauen und Kindern.

Mit den aus dem Corona-Blitzlicht hervorgehenden Beschreibungen der an die Einrichtungen gestellten Anforderungen, schnell und adäquat zu reagieren, aber auch den Voraussetzungen, die noch geschaffen werden müssten, um besser durch die Krise zu kommen, um auch künftig den Rat suchenden Frauen die richtige und wichtige Unterstützung geben zu können, erhielten die im Ausschuss vertretenen Ratsfraktionen eine Grundlage zur weiteren (frauen-)politischen Debatte in den Fraktionen.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Istanbul Konvention wurde dem Gremium die Bearbeitung der drei ersten Themenfelder vorgestellt, die Eingang in ein Gesamtkonzept zur Umsetzung der Istanbul Konvention finden sollen. Der AK Gewalt hatte (Corona bedingt) thematisch ausgerichtete Kleinstgruppen gebildet, die die Themenfelder Zwangsheirat, Medizinische Versorgung nach Vergewaltigung und Hochrisikofälle von Gewalt in engen sozialen Beziehungen bearbeiteten. Diese Ausarbeitungen wurden nun dem Ausschuss für Frauenfragen zur Unterrichtung vorgelegt, der sich dem Ziel, diese Teilaspekte in ein Gesamtkonzept einfließen zu lassen, anschloss.

Aktionen zum 25. November

Da die von der Fachgruppe Gesundheit zum 25. November in der Frauenklinik geplante Veranstaltung nicht genehmigt wurde, und sich die Fahnenaktion von TERRE DES FEMMES in diesem Jahr zum zwanzigsten Mal jährt, wird es am Vortag des Gedenktages, also am Dienstag, dem 24. November 2020 um 13 Uhr am Stadthaus Große Bleiche ein gemeinsames Hissen einer symbolischen Fahne mit Oberbürgermeister Ebling, Stadtvorstandsmitgliedern und AK-Gewalt Vertreterinnen geben.

RRT Region Koblenz

Fast 30 Teilnehmerinnen nahmen am Netzwerktreffen des RRT Koblenz am 23.09.2020 in Koblenz teil. Vertreterinnen der Frauenunterstützungseinrichtungen, Jugendämter, des Kinderschutzdienstes, der Täterarbeit, der Gleichstellungsstellen, Beratungsstellen, ehrenamtlicher Hilfsorganisationen und Polizei tauschten sich unter Einhaltung der aktuellen Abstands- und Hygienevorschriften über Neuigkeiten aus ihren jeweiligen Bereichen zum Thema GesB aus.

Es folgten anschließend vier informative Vorträge zu den Themen OEG-Traumaambulanzen, Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung, Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz und zum Angebot der anonymen Schutzeinrichtung für Jugendliche von SOLWODI.

Aufgrund der interessanten Fachvorträge kam es zu vielen Fragen und dem Wunsch der Teilnehmerinnen nach mehr Zeit für den fachlichen Austausch. Dem wird der RRT Koblenz beim nächsten Netzwerktreffen gerne nachkommen.

RRT Speyer

Aktionen zum 25. November

Auch in diesem Jahr unterstützt der Speyerer Arbeitskreis „Gewalt gegen Frauen“ die Fahnenaktion von Terre des Femmes. In Speyer werden daher an über 50 Gebäuden für eine Woche die Fahnen mit dem Motto „Frei leben ohne Gewalt“ hängen. Zusätzlich sollen Postkarten mit dem Slogan „Die Würde der Frauen ist unantastbar, in Speyer und überall“ in verschiedenen Sprachen verteilt werden, mit dem Ziel die Öffentlichkeit stärker zu sensibilisieren.

Aufgrund der immer noch andauernden Situation und noch nicht abschätzbaren Lage findet in diesem Jahr keine öffentliche Veranstaltung statt. Der Arbeitskreis wird sich jedoch im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung mit dem Thema „Sexuelle Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz“ befassen. Dazu wird es einen Vortrag von Ilga Schmitz und Alexandra Ackermann vom Frauen- und Mädchennotruf Speyer geben, die unter anderem das Projekt „make it work!“ näher vorstellen werden.

Im Anschluss wird Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler gemeinsam mit den Mitgliedern des Arbeitskreises die Fahne, stellvertretend für alle anderen Behörden und Institutionen in Speyer, vor dem Rathaus hissen.

Weitere Aktionen zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen in Speyer sind eine Brötchentütenaktion und der Orange Day. Unter dem Motto „Gewalt kommt nicht in die Tüten!“ werden am 25.11, zahlreiche Brötchentüten bedruckt und in den Bäckereien ausgegeben. Zudem werden sich wieder zahlreiche Institutionen und Geschäfte an dem Orange Day beteiligen und ihre Häuser / Schaufenster 14 Tage in der Symbolfarbe Orange als Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen beleuchten.

Beide Aktionen werden initiiert vom ZONTA Club Speyer-Germersheim und dem Soroptimist Club Speyer.

Informationen und Veranstaltungshinweise aus Rheinland-Pfalz

Pressemitteilung zum gemeinsamen Schattenbericht des RIGG-Interventionsverbands zur Istanbul-Konvention für GREVIO

Istanbul-Konvention muss konsequent und nachhaltig umgesetzt werden

„Anfang September wurde der GREVIO-Staatenbericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland veröffentlicht. „Auch über zwei Jahre nach Inkrafttreten der Gewaltschutz-Konvention fehlen Deutschland ein politisches Konzept, handlungsfähige Institutionen und die notwendigen Ressourcen, um alle Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen,“ kritisiert das zivilgesellschaftliche Bündnis Istanbul-Konvention, BIK, in seiner Pressemitteilung.

Der Interventionsverband des rheinland-pfälzischen Interventionsprojekts RIGG gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, bestehend aus Vertreter*innen der Frauennotrufe, Frauenhäuser, Interventionsstellen und Täterarbeitseinrichtungen, hat sich entschieden, seine jeweiligen Schattenberichte für RLP gemeinsam zu veröffentlichen.

„Die Istanbul-Konvention stellt einen Meilenstein in der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen dar. Die Chancen, die sich daraus ergeben, zu nutzen und umzusetzen ist unser Anliegen“, betont Christine Grundmann von der Koordinierungsstelle der Interventionsstellen in RLP.

„Uns war es wichtig, Lücken bei der Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und im Hilfesystem in RLP aufzuzeigen, Empfehlungen zu benennen und so eine wichtige und notwendige Ergänzung zum Staatenbericht / Länderbericht aus Rheinland-Pfalz bereitzustellen“, ergänzt Julia Reinhardt vom Koordinationsbüro der Täterarbeit in RLP.

Die Fachstellen machen noch einmal sehr deutlich, dass geschlechtsspezifische Gewalt und dabei insbesondere Sexualisierte Gewalt gegen Frauen über Gewalt in engen sozialen Beziehungen hinausgehen. Im Sinne der Istanbul-Konvention ist es erforderlich, dass das Themenspektrum des RIGG ausgeweitet und alle Formen der geschlechtsspezifischen Gewalt in den Blick genommen werden. Hierzu braucht es auch eine Finanzierung der politischen Arbeit sowie Gremienarbeit der Fachstellen zum Thema (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen, damit die fachliche Expertise an die politischen Entscheidungsträger*innen herangetragen werden kann.

Nach wie vor ist - auch in Rheinland-Pfalz - das Hilfesystem gegen geschlechtsspezifische Gewalt lückenhaft und unterfinanziert. "Die ambulanten Fachberatungsstellen haben zu wenig Personalstellen, die Erreichbarkeit gerade im ländlichen Raum ist nicht gewährleistet und die Frauenhäuser haben zu wenige Plätze", erläutert Karin Faber von der Koordinierungsstelle der Konferenz der Frauenhäuser RLP.

„Und dies gilt nicht nur beim Schutz und bei der Unterstützung für Betroffene. Es fehlt auch an einer Finanzierung notwendiger Präventions- und Fortbildungsangebote“, bemängelt Ilga Schmitz von der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe in RLP. „Damit in Zukunft weniger Frauen von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, muss es heute für Mädchen und Jungen, aber auch für Frauen und Männer, ausreichend finanzierte Präventionskonzepte und -angebote geben, die sich mit Rollenbildern, Vorurteilen und Handlungsstrategien auseinandersetzen.“

Alle zu ergreifenden Maßnahmen müssen Gewalt gegen Frauen und Gewalt in engen sozialen Beziehungen effektiv und nachhaltig bekämpfen. Hierzu ist es zwingend erforderlich, dass sowohl der Bund als auch Länder und Kommunen ausreichende finanzielle Mittel für die Ausstattung aller Arbeitsbereiche der Fachstellen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sind weitere notwendige in der Istanbul-Konvention geforderte spezifische Fachstellen zu implementieren und zu finanzieren.“

Der Schattenbericht steht auf der Homepage des Frauennotrufs Rhein-Hunsrück zum Download unter folgendem Link zur Verfügung: http://www.frauennotruf-rheinhunsrueck.de/uploads/media/IV_RLP_Grevio_Schattenbericht_2020_01.pdf

Pressemitteilungen vom Frauennotruf Mainz

Frauennotruf schult Auszubildende der Agentur für Arbeit Mainz: Fortbildung zum Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ soll sensibilisieren

„Die Auszubildenden der Agentur für Arbeit erhielten eine Fortbildung zum Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“.

Bereits seit 2018 schult die Bundesagentur für Arbeit Rheinland-Pfalz-Saarland die Führungskräfte aus verschiedenen Regionen in Mainz zum Thema „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und in der Ausbildung“. Im Juli 2020 wurden auch die Auszubildenden in Rheinland-Pfalz von den Referentinnen Sabine Wollstädter und Emma Leonhardt zu der Thematik geschult.

„Die Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz sind seit Mai 2019 Fokusregion des Projekts „make it work!“, das von dem Bundesverband der Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen (bff) für vier Jahre ins Leben gerufen wurde“ so Emma Leonhardt vom Frauennotruf Mainz. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend soll das Projekt als eine Fortsetzung der globalen Bewegung #MeToo fungieren und auf die Rechte der Arbeitnehmer*innen auf einen gewalt- und diskriminierungsfreien Arbeitsplatz aufmerksam machen sowie einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer diskriminierungsfreien Arbeitskultur mitgestalten.

Die rheinland-pfälzische Fokusregion will durch den Aufbau regionaler Netzwerkstrukturen im Rahmen von „make it work!“ ein starkes Bündnis aus Verbänden, Politik und Wirtschaft gegen sexistische Diskriminierung am Arbeitsplatz aufbauen.

Durch die Schulung der Leitungsebene soll eine Handlungsstrategie in den Betrieben verankert werden, um die Intoleranz von Diskriminierung aufzuzeigen und betroffenen Mitarbeiter*innen Hilfsmöglichkeiten zu bieten. Sabine Wollstädter vom Frauennotruf Mainz: „Die Schulung für Auszubildende ist besonders wichtig, da diese aufgrund ihres Alters und der Position innerhalb des Betriebes häufiger von sexueller Belästigung betroffen sind. Auszubildende sollten deshalb ebenfalls präventiv für die Thematik sensibilisiert werden.“

Zum Hintergrund Modellregion "make it work in Rheinland-Pfalz – und das LAUT♀STARK“:

Bis August 2021 sollen von der Landesarbeitsgemeinschaft der zwölf Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz mehrere Schritte umgesetzt werden: Die Netzwerkarbeit mit Schlüsselpersonen der landesweit tätigen Gleichstellungsbeauftragten, sowie mit Gewerkschaftsvertreter*innen, engagierten Führungskräften großer rheinland-pfälzischer Organisation und Politiker*innen hat bereits erfolgreich begonnen – auch im Rahmen der Anti-Sexismus Kampagne LAUT♀STARK der Frauenministerin Anne Spiegel. Ziel der Fokusregionen-Arbeit ist nicht nur Personalverantwortliche und Führungskräfte für sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz zu sensibilisieren, sondern darüber hinaus konkrete Handlungsmöglichkeiten zu implementieren und weitere branchen- und parteiübergreifende Bündnisse zu schließen. Beteiligt an der Arbeit der Modellregion sind unter anderem der Landesfrauenbeirat und das rheinland-pfälzische Frauenbündnis.“

Make it work! in Rheinland-Pfalz - Frauennotrufe gemeinsam mit Ver.di gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Für die Vorstellung von Make it work! in RLP – ein Bundesmodellprojekt gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz - wurde Anette Diehl vom Frauennotruf Mainz zur der Sitzung des Landesbezirksfrauenrats der ver.di Frauen im Landesbezirks Rheinland-Pfalz Saarland zugeschaltet.

Der ausführliche Titel ihres Inputs lautete: „12 Frauennotrufe setzen sich ein für Respekt und Grenzachtung in Einrichtungen und Organisationen und gegen Sexuelle Belästigung, sexualisierte Diskriminierung und Gewalt in der Arbeits- und Ausbildungswelt sowie an Hochschulen.“

Ein Ziel der Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt: lokale und landesweite Netzwerke sexuelle Diskriminierung und Belästigung am Arbeitsplatz aufbauen oder an Bestehendes anknüpfen.

Mit ver.di Rheinland-Pfalz Saarland arbeitet die LAG der Frauennotrufe schon viele Jahre zusammen: „Die Gewerkschaften sind wichtige Akteur*innen im Kampf gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz insbesondere wenn es um Vereinbarungen von Verfahren aber auch Sensibilisierung von Führungskräften und Arbeitnehmern im Betrieb geht.“ so Anette Diehl. „Sie können sich weiterhin mit verschiedenen Instrumenten für partnerschaftliches Betriebsklima einsetzen.“

Pia Müller, Gewerkschaftssekretärin im Landesbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland und zuständig für Frauen- und Gleichstellungspolitik, darüber hinaus: „Frauen werden in Folge ihrer häufig eher untergeordneten Position im Arbeitsprozess Opfer von sexueller Belästigung und Gewalt von Männern. Wir ver.di Frauen fordern deshalb, dass in Betrieben und Dienststellen das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern ausgeglichen wird: Frauen müssen gleichberechtigt in qualifizierten Tätigkeiten und in Entscheidungs- und Führungsfunktionen den Arbeitsprozess mitgestalten können.“



Foto: Susanne Kasztantowicz

Bildunterschrift: Anette Diehl (Bildschirm) berichtet bei der Sitzung des Landesbezirksfrauenrats der ver.di Frauen im Landesbezirks Rheinland-Pfalz Saarland von „make it work! und das Laut+Stark in Rheinland Pfalz“ – ein Bundes-Modellprojekt gegen Sexuelle Belästigung, sexualisierte Diskriminierung und Gewalt in der Arbeits- und Ausbildungswelt sowie an Hochschulen.

Der Blick über die Landesgrenzen von Rheinland-Pfalz

Erster Staatenbericht zur Istanbul-Konvention

Anfang September hat Deutschland den ersten Staatenbericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention beim Europarat eingereicht und veröffentlicht. Die Pressemitteilung des BMFSFJ finden Sie unter folgendem Link: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/deutschland-reicht-ersten-staatenbericht-zum-schutz-von-frauen-vor-gewalt-ein/160136>. Am Schluss der Pressemitteilung ist auch der Link zu finden, um den sehr ausführlichen Bericht (fast 350 Seiten) herunter zu laden.

Eine Stellungnahme zum 1. Staatenbericht hat das Bündnis Istanbul-Konvention (BIK) veröffentlicht, sie ist auf der Homepage des Deutschen Frauenrates unter folgendem Link zu finden: <https://www.frauenrat.de/istanbul-konvention-konsequent-umsetzen/>. Derzeit arbeitet das Bündnis an einem GREVIO-Alternativbericht, der Anfang 2021 erscheinen soll.

Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums: Bessere technische Ausstattung für Frauenhäuser und Fachberatungsstellen

Ministerin Giffey stellt über „Hilfesystem 2.0“ rund 3 Millionen Euro zur Verfügung

In der Sondersituation der Corona-Pandemie ist es besonders wichtig, dass gewaltbetroffene Frauen mit ihren Kindern schnell, unbürokratisch und zuverlässig Schutz und Beratung bekommen. Frauen, die zu Hause Gewalt erfahren, brauchen Rettungsanker wie das Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen oder einen sicheren Zufluchtsort. Die rund 350 Frauenhäuser und über 600 Frauenberatungsstellen stehen durch die Corona-Auswirkungen wie viele andere soziale Dienste vor besonderen Herausforderungen und Belastungen. Ein besonderer Fokus der Maßnahmen des Bundesfrauenministeriums liegt deshalb darauf, die Erreichbarkeit der bestehenden Hilfsangebote auch unter den Bedingungen der COVID-19-Situation zu erhalten und zu verbessern.

Damit die Unterstützungseinrichtungen in der Coronazeit verstärkt Telefon-, Online- und Videoberatung anbieten können, hat Bundesfrauenministerin Dr. Franziska Giffey sich bereits zu Beginn der Pandemie mit Vertreterinnen des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen ausgetauscht und Unterstützung zugesagt. Entstanden ist daraus das Projekt „Nachhaltiges technisches Empowerment von Fachberatungsstellen und Frauenhäusern in der Corona-Pandemie - Hilfesystem 2.0“, das von der Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) umgesetzt wird. Das Bundesfrauenministerium fördert dabei eine bessere technische Ausstattung in Frauenhäusern und Fachberatungsstellen sowie Qualifizierungs- und Dolmetschleistungen. Dafür stehen mehr als drei Millionen Euro bereit. Die Förderung erfolgt im Bundesprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“.

Bundesfrauenministerin Giffey: „Die letzten Wochen und Monate haben deutlich gemacht, dass Frauenhäuser und Fachberatungsstellen neue und moderne Mittel brauchen, um gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder auch in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie Schutz und Hilfe zukommen zu lassen. Gemeinsam mit der Frauenhauskoordinierung e.V. knüpfen wir mit dem Projekt ‚Hilfesystem 2.0‘ an diese Anforderungen an. Wir bringen damit den Gewaltschutz ins digitale Zeitalter und machen ihn krisenfest. Die mehr als drei Millionen Euro, die im Rahmen des Bundesförderprogramms ‚Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen‘ zum Beispiel für eine bessere technische Ausstattung zur Verfügung stehen, sind ein echter Innovationsschub für die Beratungsstellen und Frauenhäuser, die nun verstärkt auf digitalen Kontakt setzen können. Damit leisten wir als Bund einen wesentlichen Beitrag dazu, dass das Hilfesystem auch in Krisenzeiten funktioniert. Ich möchte die Mitarbeitenden in den Frauenhäusern und Fachberatungsstellen ausdrücklich ermuntern, die entsprechenden Anträge einzureichen.“

Heike Herold, Geschäftsführerin der Frauenhauskoordinierung: „Trotz Corona-Lockdown haben die Frauenhäuser und Fachberatungsstellen seit Beginn der Pandemie verlässlich ihre Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder aufrechterhalten. Sie haben Lösungen für umfangreiche Auflagen zum Infektionsschutz und teils vermehrte Hilfesuche gefunden. Dafür gebührt ihnen hohe Anerkennung und eine Verbesserung ihrer oft desolaten Arbeitsbedingungen. Wir begrüßen sehr, dass diese systemrelevanten Einrichtungen mit dem Projekt ‚Hilfesystem 2.0‘ nun aus Bundesmitteln Unterstützung in dieser schwierigen Pandemie-Situation erhalten. Und zwar an einer Stelle, wo es angesichts der aktuellen Lage besonders wichtig ist: bei Ausstattung und Know-how für digitale Unterstützungsangebote.“

Anträge können ab sofort gestellt werden

Seit dem 15. Oktober können Frauenhäuser und Fachberatungsstellen über das Web-Portal ‚ProDaBa2020‘ nach einer Registrierung Förderanträge einreichen. Zuwendungsfähig sind Anschaffungen zur Verbesserung der technischen Ausstattung in Frauenhäusern, Frauenschutzwohnungen und Fachberatungsstellen, die aufgrund der Corona-Pandemie notwendig sind, Ausgaben für Maßnahmen zur Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die digitalen Herausforderungen durch die Pandemie sowie Honorare für die Nutzung professioneller Dolmetschdienste für die Unterstützung und Beratung von gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen während der Corona-Pandemie. Förderanträge für die Finanzierung von technischer Ausstattung können bis zum 16. November 2020 übermittelt werden. Wird die Finanzierung von Qualifizierungs- und/oder Dolmetschleistungen beantragt, können Anträge bis zum 26. Februar 2021 eingereicht werden.

Das Projekt wird umgesetzt in enger Abstimmung mit dem Bundesverband Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen e.V. und der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser. Weitere Informationen enthalten die Dokumente mit den Zuwendungskriterien und den Fragen und Antworten zum Projekt. Rückfragen zum Projekt beantworten die Mitarbeiterinnen der Frauenhauskoordinierung.

Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“

Das Projekt „Hilfesystem 2.0“ wird aus dem Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ finanziert, mit dem der Bund im Rahmen seiner Förderkompetenzen Länder und Kommunen bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Hilfesystems unterstützt. Insgesamt 120 Millionen Euro stehen für den Ausbau und die Modernisierung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen in den nächsten vier Jahren zur Verfügung. Das Bundesinnovationsprogramm ist 2019 mit der Förderung von fünf Projekten auf Bundesebene gestartet. Das Bundesfrauenministerium plant, bis 2022 jährlich zusätzlich fünf Millionen Euro für die Förderung innovativer Projekte zur Verfügung zu stellen. Informationen zum Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ finden sich auf der Website: www.gemeinsam-gegen-gewalt-an-frauen.de

Eckpunktepapier zur Finanzierung der Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene Frauen und ihren Kindern

Der bff (Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe), der Paritätische Gesamtverband und die Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF) haben ein gemeinsames Eckpunktepapier mit Forderungen zur Finanzierung des Unterstützungssystems veröffentlicht. Die beteiligten Organisationen wollen mit dem Eckpunktepapier einen Beitrag zur aktuellen politischen Debatte um die Ausgestaltung der Hilfestrukturen in Deutschland leisten. Sie fordern darin u.a. eine einzelfallunabhängige, bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenhäusern, Schutzwohnungen und Fachberatungsstellen sowie den niedrigschwelligen und bundeslandübergreifenden Zugang zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten. Das Eckpunktepapier steht unter folgendem Link zur Verfügung: <https://www.der-paritaetische.de/fachinfo/eckpunktepapier-zur-finanzierung-der-hilfestrukturen-fuer-von-gewalt-betroffene-frauen-und-ihren-kind/>

Praxishilfe „Schnittstelle Gewaltschutz und Flucht“

Die Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) und der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe – Frauen gegen Gewalt e.V. (bff) haben in Zusammenarbeit mit einer Rechtsanwältin die dritte Ausgabe des „F.A.Q - Häufig gestellte Fragen an der Schnittstelle Gewaltschutz und Flucht“ veröffentlicht. Die Überarbeitung vom Sommer 2020 berücksichtigt neben der Aktualisierung bestehender Inhalte auch die teilweise geänderte Gesetzeslage und Rückmeldungen aus der Praxis.

Weitere Informationen unter <https://www.frauenhauskoordinierung.de/publikationen/detail/fhk-und-bff-veroeffentlichen-aktualisiertes-faq-zum-gewaltschutz-gefluechteter-frauen/>. Dort steht die Broschüre auch kostenfrei zum Download zur Verfügung.

Hilfe-Info für Betroffene von Straftaten

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat eine neue bundesweite Opferchutzplattform entwickelt und gestartet. Unter www.hilfe-info.de sind Informationen zu Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten, finanziellen Unterstützungsleistungen und zum Ablauf von Strafverfahren zu finden. Über einen Beratungsstellen-Finder können Betroffene zudem schnell Hilfsangebote in ihrer Nähe mit telefonischer, Online- oder persönlicher Beratung finden.

Aktionstag gegen digitale Gewalt

Cybermobbing, heimliche Aufnahmen, Stalking in sozialen Netzwerken – digitale Gewalt nimmt zu und trifft in den allermeisten Fällen Frauen. Sexistische, frauenfeindliche, beleidigende und bedrohende Kommentare sind für viele Frauen und Mädchen ein unerträglicher Teil ihres Online-Alltags. Im Rahmen der Initiative „Stärker als Gewalt“ legte das Bundesfamilienministerium daher im Oktober einen Schwerpunkt auf das Thema „Digitale Gewalt gegen Frauen“. Höhepunkt war der vom BMFSFJ ausgerufene Aktionstag gegen digitale Gewalt am 15. Oktober mit zwei Veranstaltungen in Berlin, einer halbdigitalen Podiumsdiskussion „Im Netz nicht sicher? Gemeinsam sind wir #StärkerAlsGewalt“ und einem vorwiegend digitalen bff-Fach austausch „digital + real“.

Die gesamte Pressemitteilung zum Aktionstag finden Sie unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/aktionstag-gegen-digitale-gewalt--diskussion-ueber-gewalter-fahrungen-im-netz-mit-ministerin-giffey-/161230>

Praxistipps für den 25. November 2020

Aktionen rund um den 25. November/ Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

Normalerweise wäre an dieser Stelle wie immer in der Oktober-Ausgabe des RIGG-Infobriefs eine Übersicht über die Veranstaltungen abgedruckt worden, die im Kontext des Internationalen Gedenktages in Rheinland-Pfalz geplant gewesen wären.

Da in diesem Jahr die Corona-Pandemie aber sämtliche Planungen nicht nur erschwert, sondern größtenteils verhindert hat, hier nun einige methodische Anregungen für Kurzentschlossene, wie vielleicht doch noch in der ein oder anderen Region oder Institution auf das wichtige Anliegen des 25. November hingewiesen werden könnte:

Der „Klassiker“ ist das Hissen der Fahne „Frei leben ohne Gewalt“ von TERRE DES FEMMES Deutschland vor Rathäusern, Institutionen oder auf öffentlichen Plätzen. Die Kampagnenseite zur diesjährigen Aktion finden Interessierte unter <https://www.frauenrechte.de/unsere-arbeit/aktionen/fahnenaktion/fahnenaktion-mitmachen>. Fahnen und andere Materialien können direkt im Online-Shop von TERRE DES FEMMES bestellt werden, unter <https://www.frauenrechte.de/tdf-online-shop/fahnenaktion>.

Eine ausführliche Handreichung mit vielen Ideen zum Mitmachen gibt es unter https://www.frauenrechte.de/images/downloads/fahnen/2020/2020-Aktionspaket_TDF-Fahnenaktion.pdf.

Das diesjährige Schwerpunkt-Thema lautet „#meinherzgehörtmir– Gegen Zwangsverheiratung und Frühehen!“



Unabhängig vom Internationalen Gedenktag läuft in diesem Jahr bei TERRE DES FEMMES die Aktion #UNHATEWOMEN, die sich gegen Hassrede und verbale Gewalt im Netz gegen Frauen und Mädchen wendet. Ausführliche Informationen, Arbeitsmaterialien und Praxistipps gibt es unter <https://www.frauenrechte.de/unsere-arbeit/aktionen/kampagne-unhatewomen>.

Seit einigen Jahren wird zudem rund um den 25. November über das bundesweite Hilfetelefon die Kampagne „Wir brechen das Schweigen“ durchgeführt. Auch und gerade in Zeiten der Corona-Pandemie sind alle aufgerufen Stellung zu beziehen und ein Zeichen zu setzen, digital mit Selfies oder Teilen des Aufrufs in den sozialen Medien, und analog durch Plakate, Aufsteller oder Fahnen.

Alle Informationen zur diesjährigen Kampagne inklusive der Möglichkeit, sämtliche Aktionsmaterialien wie z.B. Wimpel, Banner, Fahnen oder Schilder herunter zu laden, finden Sie unter <https://www.hilfetelefon.de/kampagnen-aktionen/aktionen/schweigen-brechen.html>.

Auf dieser Seite finden Sie zudem auch den aktuellen Aktionsleitfaden mit vielen guten Ideen für Aktionen, hier der direkte link: https://www.hilfetelefon.de/fileadmin/content/03_Kampagnen_Aktionen/2_Aktionen/Wir_brechen_das_Schweigen/2020/Hilfetelefon_Aktionsleitfaden_2020.pdf.



Vorankündigung für den nächsten RIGG-Infobrief

Geplanter Erscheinungstag: 16. Dezember 2020

Zum Schluss wie immer ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die Informationen zu dieser Ausgabe beigesteuert haben!

Damit die Informationen aus den RIGG-Infos breit gestreut werden, darf ich Sie wie immer ermuntern, den Infobrief an die Mitglieder Ihrer (regionalen) Gremien weiterzuleiten.

Der nächste RIGG-Newsletter erscheint als Druckausgabe und in der Onlineversion Mitte Dezember. Der Redaktionsschluss ist am 9. Dezember 2020, bis dahin bitte alle Beiträge, die veröffentlicht werden sollen, per eMail senden an Büro Plan B, Buero-PlanB@gmx.net.